

Verstärkter Kampf für den offenen Hochschulzugang

Im Juni 2015 wurden die Evaluierungsergebnisse zu den Zugangsbeschränkungen an den Universitäten nach §124b UG (Human- & Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Psychologie & Kommunikationswissenschaften), §14h UG (Management & Verwaltung, Wirtschaft & Verwaltung, Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Biologie & Biochemie, Pharmazie, Architektur & Städteplanung) sowie der Studieneingangs- und Orientierungsphase (§66 UG) und der Zulassungen für Master- und Doktoratsstudien (§64 UG) präsentiert.

Das BMWFW propagiert, dass sich bei den zugangsbeschränkten Fächern nach §14h keine soziale Selektion abzeichnet und diese ausgeweitet werden sollten. Der Beobachtungszeitraum (2 Jahre) ist jedoch viel zu kurz, um derartige Ableitungen zu treffen. Aus Datenschutzgründen konnten auch nur 22 von 40 kapazitätsbeschränkten Studien hinsichtlich der sozialen Herkunft untersucht werden. Der Rückgang der Studienanfänger_innen, insbesondere der älteren Studierenden, zeigt aber auch hier deutliche Abschreckungseffekte der Beschränkungen.

Bei der Evaluierung der §124b Fächer ist der Beobachtungszeitraum um einiges länger. Hier fanden auch tatsächlich quantitative Beschränkungen statt. Das Ergebnis: Die soziale Durchmischung ist auf einem historischen Tiefpunkt. Ein klares Beispiel liefern da die Med-Unis: der Anteil der Studierenden mit Eltern mit akademischen Hintergrund beläuft sich hier auf 55 Prozent. Die Zahl von Studierenden mit Eltern mit Pflichtschulabschluss oder mittlerer Ausbildung beträgt hingegen nur 26 Prozent. Auch eine Studie der AK, die sich auf den Zeitraum 2000-2012 bezog, zeigt deutlich: Akademikerkinder haben von der Einführung der Zugangsbeschränkungen in den § 124b-Studien profitiert – ihr Anteil an der Zahl der Anfänger_innen hat sich in den untersuchten Fächern Medizin, Psychologie, Publizistik und Biologie erhöht.

Es ist zu erwarten, dass dies auch bei den neu zugangsbeschränkten Fächern eintreten wird, sobald tatsächlich Tests stattfinden. Eine Verlängerung oder sogar eine Ausweitung auf die Studienfächer Chemie und Rechtswissenschaften lehnen wir daher vehement ab. Der Kampf für den freien Hochschulzugang muss jetzt umso härter geführt werden!

Die ÖH Bundesvertretung möge daher beschließen:

- Die ÖH Bundesvertretung wird sich in den kommenden Wochen aufgrund der Evaluierungsergebnisse noch vehementer für den offenen Hochschulzugang und gegen jegliche Zugangsbeschränkungen einsetzen.
- Die ÖH Bundesvertretung wird sich dafür einsetzen, dass das Instrument der Studieneingangs- & Orientierungsphase zu einer wirklichen Orientierungsphase umgewandelt wird.
- Die ÖH Bundesvertretung wird sich dafür einsetzen, dass die lang geforderte Reformierung der Studienförderung umgesetzt wird um dem Tiefstand der sozialen Durchmischung entgegen zu wirken.
- Die ÖH Bundesvertretung wird gemeinsam mit den lokalen Hochschulvertretungen große Protestmaßnahmen gegen die Beibehaltung oder Ausweitung jeglicher Zugangsbeschränkungen und für den offenen und freien Hochschulzugang veranstalten.